

Pressemitteilung Stuttgarter Zeitung vom 5. Dezember 2003

Das Herausbrechen der Lebensmittelüberwachung aus dem Polizeidienst wird die Stuttgarter Bürger teuer zu stehen kommen

Rolf Gaßmann und Ruth Weckenmann können sich bei der Begleitung eines WKD-Einsatzes von der Effektivität der bisherigen Organisationsstruktur überzeugen

"Weil Polizeibeamte neben der Lebensmittelüberwachung auch gleichzeitig die Kontrolle von illegaler Beschäftigung in Gaststätten durchführen können, ist ihr Einsatz nur innerhalb der Polizeiorganisation sinnvoll und effektiv", so die Stuttgarter SPD-Landtagsabgeordnete Ruth Weckenmann. Gemeinsam mit ihrem Fraktionskollegen Rolf Gaßmann konnte sie vier Stunden lang Polizeibeamte des Wirtschaftskontrolldienstes bei ihrer Arbeit in mehreren Innenstadtbetrieben begleiten. Dabei ging es neben der Kontrolle der hygienischen Zustände in Küchen und Lebensmittelauslagen auch um das Aufspüren illegaler Beschäftigung.

Enttäuscht äußerten sich die Abgeordneten darüber, wie die Landesregierung mit den Problemen umgeht, die aus der geplanten Heraustrennung der Lebensmittelüberwachung aus der Polizei entstehen werden. So sollen die Lebensmittelkontrolleure gegen ihren Willen für fünf Jahre zwangsweise vom Land an die Stadt abgeordnet werden. Die Landesregierung sieht darin allerdings kein Problem.

Auch auf die Frage nach zukünftiger Ausbildung und deren Kosten weiß die Landesregierung bislang noch keine Antwort. "Wenn die Stadt nach fünf Jahren die zur Polizei zurückkehrenden 18 Beamten ersetzen muss, werden erhebliche Ausbildungskosten auf die Stadt zukommen", so Rolf Gaßmann. Experten schätzen die Ausbildungskosten auf mindestens 40.000 Euro pro Lebensmittelkontrolleur.

Die Antwort auf die Frage, welche Kosten darüber hinaus durch Aufbau der dann notwendigen eigenen Infrastruktur auf die Stadt zukommen, bleibt das Land schuldig. Allein vorhandenes Spezialgerät und ihr EDV-Programm sollen die Lebensmittelkontrolleure zur Stadt mitnehmen dürfen. Zusätzliche Kosten für Fahrzeuge, Funknetz und Transportdienst werden dagegen von der Stadt selbst getragen werden müssen.

Der berechtigten Sorge der Abgeordneten, dass die Stadt künftig einen rund um die Uhr funktionierenden Einsatz der polizeilichen Lebensmittelkontrolleure wie bisher nicht mehr gewährleisten wird, schenkt die Landesregierung wenig Beachtung. Dies werde "durch entsprechende organisatorische Regelungen sicherzustellen sein", weicht die Regierung den konkreten Fragen aus und macht keinerlei konkrete Vorschläge hierzu.

Für Gaßmann und Weckenmann offenbaren die Antworten nur die Unsinnigkeit der Zerschlagung des Wirtschaftskontrolldienstes. Immer unklarer ist daher für die Abgeordneten, wieso einer der im Ländervergleich am besten funktionierenden Wirtschaftskontrolldienste aufgeteilt werden soll und dabei auch noch eine 20-%-ige Effizienzrendite herauskommen soll. Die SPD-Abgeordneten im Landtag werden weiterhin dafür eintreten, dass die Lebensmittelüberwachung beim Wirtschaftskontrolldienst und damit im Verantwortungsbereich der Polizei verbleiben wird, zum Nutzen aller Verbraucher und der städtischen Finanzen.